





Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Montag ausser  
Sonntag und ist durch die  
Korrespondenz, Post- und  
Telegraphenämter zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf.,  
per Jahr 5 Mk. 50 Pf.,  
Verlagsanstalt die „V.“

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühren  
Betrag für die einseitige  
Veröffentlichung über einen Monat  
20 Pfennige, für Wiederholungs-  
Veröffentlichungen 10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
werden bis zum 10. März im  
Korrespondenzbüro abgegeben werden.

Nr. 100.

Mittwoch, den 29. April 1896.

7. Jahrgang.

### Die Debatte über den Arbeiterschutz in den Bäckereien.

Nach § 120 a al. 3 der Gewerbeordnung kann der Bundesrath für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorschreiben. Nachdem die sogenannte Socialreform lange Zeit ins Stocken geraten war, hat der Bundesrath endlich diese Befugnisse gegenüber einem Betriebe ausgeübt, wo Art und Dauer der Ausbeutung wohl am ausgeheuerlichsten sein dürften, in der Bäckerei. Von allen Gewerben ist das Bäckereigewerbe wohl das zurückgebliebenste. Die Technik ist im wesentlichen noch ganz die mittelalterliche, und damit sind auch alle weiteren Verhältnisse, welche seine Ausübung begleiten, mittelalterlich geblieben. Die engen, niedrigen dunklen Räume, die Unreinlichkeit, das sogenannte patriarchalische Verhältnis von Gesellen zu Meister und damit das Wohnen der Gesellen beim Meister. Neu dazugekommen sind lediglich die Nachteile, welche die moderne kapitalistische Produktionsweise dem Arbeiter, hier also dem Gesellen, gebracht hat; namentlich übermäßige lange Arbeitszeit. Die Erregung, welche in den verschiedenen Ländern über diese Zustände stattgefunden haben, haben überall das gleiche Resultat ergeben, selbst die deutsche, die übrigens bekanntlich durch Debels bekannte Schrift über die Lage der Arbeiter in den Bäckereien veranlaßt ist.

Es ist klar, daß, wenn überhaupt der obige Paragraph der Gewerbeordnung nicht bloß auf dem Papier stehen soll, der Anfang bei den Bäckereien gemacht werden muß. Trotzdem haben die conservativen Arbeiterfreunde die Zustände für noch nicht schrecklich genug gehalten, um das Eingreifen des Bundesraths zu rechtfertigen. Sie haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der sie „ihre Bedenken“ über den Schritt des Bundesraths äußerten.

Neue Gesichtspunkte über die behandelten Materien pflegen im Reichstag nicht aufgestellt zu werden, auch irgendwelches neues Material ist nicht beigebracht. Die Stellung der Parteien war durchaus selbstverständlich, sie war so, daß sie nicht anders erwartet werden konnte, bezugnehmend die Äußerungen der Herren v. Voeltzow und v. Verlepiß.

Zimmerhin, so wenig befriedigend das auch ist, was nunmehr für die Bäckereiarbeiter erreicht wird, ist doch nicht zu verkennen, daß es sich wieder um einen großen Triumph der Socialdemokratie handelt, wenn auch von Seiten der Regierung und der Parteien, welche um die Gunst der Arbeiter buhlen, die Sache so hingestellt wird, als sei die eigene Einsicht der Regierung die Ursache. Wie Herr v. Voeltzow erklärte, beruhen die Beschlüsse des Bundesraths auf einem Antrag der preussischen Regierung, also der reactionären; der Staatssecretär sprach von „geradezu haarsträubenden Zuständen“, davon, daß hier Wandel geschafft werden müsse. Ein derartig energischer Ton zu Gunsten der Arbeiter, auch wenn ihm, wie in unserem Fall, eine nur sehr durchlöcherterte und durchlöcherbare Verordnung entspricht, wäre doch vor dem Auftreten der Socialdemokratie undenkbar gewesen.

Es ist auch charakteristisch, daß die Gegner der Verordnung gleichfalls nur mit socialen Argumenten kämpfen konnten. Sie führten den kleinen Meister, welcher durch sie in seiner Existenz bedroht sei, ins Feld. Wir Socialisten sind ja nicht die Vertreter des Kleinbürgerthums, dessen Interessen oft, wie z. B. hier, den Arbeiterinteressen feindlich sind; aber in sofern das Kleinbürgerthum einen großen Theil der gedrückten Masse des Volks ausmacht, haben wir auch für seine Interessen gekämpft durch unseren Widerstand gegen den Militarismus, die bürokratischen Uebergriffe und der intelligenteren Theil dieser Klasse gehört denn auch zu unserer Partei, weil er weiß, daß seine wirtschaftliche Position auf die Dauer unhaltbar ist und daß die Zukunft den Arbeitern gehört. Auch das hat seine Wirkung auf unsere Gegner ausgeübt. Nicht nur, daß sich von den Conservativen der Abstreger des Antisemitismus gebildet hat, welcher das Kleinbürgerthum durch reactionäre Utopien für sich zu löchern sucht, auch alle übrigen Parteien fühlen plötzlich ein Herz für diese Klasse schlagen, und am lautesten die ausbeuterischen, wie die Conservativen. Jemand, der gar nichts von unseren politischen Zuständen wußte und ganz unvorbereitet etwa eine Verhandlung wie unsere besprochene, würde sicher in der Ueberrumpfung von den edelsten Motiven beherrscht werden, nichts wollten, als zu Gunsten des Volkes arbeiten, und sich nur darüber stritten, wem sie ihre Gunst mehr zuwenden sollen, den Arbeitern oder den ebenso bedrückten Meistern.

Und das alles ist die Folge der Socialdemokratie, resp. der Furcht vor der Socialdemokratie.

Wir wollen nicht noch einmal Sachen besprechen, die schon früher und auch jetzt wieder durch die Verhandlung im Reichstag unseren Lesern bekannt geworden sind. Nur auf eins möchten wir aufmerksam machen.

Es ist heute längst möglich, auch in der Bäckerei mit Maschinen zu arbeiten und dadurch nicht nur die heute unheimlich überbürdeten Bäckereiarbeiter zu entlasten, sondern auch die Waare reinerer und den gesundheitlichen Anforderungen gemäßer, sowie bedeutend billiger herzustellen. Unsere Leser werden sich unserer Ausführungen erinnern, die wir voriges Jahr in den beiden Artikeln über das Tilsche Brotmonopol gemacht haben. Zur Zeit liegt es lediglich an der Bequemlichkeit der Consumenten, daß nicht die gesammte Brotverfertigung von Brotsfabriken in die Hand genommen wird. Die Vortheile, welche das nach jeder Hinsicht haben würde, sind groß genug, um die Bedenken zu zerstreuen, welche die Politiker des Handwerks vom Schlage des Abgeordneten Mirbach dagegen einwenden können. Ganz abgesehen davon, daß die Verhütung solcher Schandereien, daß schwindelhaftige oder syphilitische Arbeiter das von ihnen herzustellende Brot vergiften und bei manchem, der solche Nahrung in die Hand bekommt, Grund zu jahrelangem Siechtum legen, oder von Unreinlichkeiten weniger gefährlicher, aber eben so ekelhafter Natur, ganz abgesehen davon, daß alsdann die Bäckereiarbeiter, die direct aus den antiken Sklaven entstanden, stets die denkbar gedrückteste Stellung eingenommen haben, dann zum ersten Male eine menschenwürdige Existenz führen können,

ist es denn doch von höchster Wichtigkeit, wenn das hauptsächlichste Nahrungsmittel am velleicht ein Drittel bis ein Viertel verbilligt werden kann. Gar mancher Qualen könnte gestillt werden, wenn nicht in der Bäckerei so unglücklich zurückgebliebene Zustände herrschten.

Und mit den socialen Nachtheilen einer solchen Verbilligung zum Großbetrieb ist es nicht so schlimm. Die kleinen Bäcker, die mit gar keinem oder nur einem Gesellen arbeiten, haben in der Regel eine berachtliche angelegene Arbeit und eine Existenz, daß sie sich nur besser stellen würden, wenn sie als Arbeiter Beschäftigung in einer großen Fabrik finden; die großen Bäcker aber, die sich auf Kosten des Volkes Reichthümer erwerben, und sich, nachdem sie ihre Gesellen einige Jahrzehnte ausgebeutet haben, zur Ruhe setzen, ein Haus kaufen und dann ihre Mieter weiter ausbeuten, dürften kaum eine so zärtliche Rücksichtnahme verdienen, daß man um ihre willkürliche alle jene Uebelstände in Kauf nimmt.

Wenn wirklich die Verordnung des Bundesraths den Erfolg haben sollte, daß die Bäckerei den Handwerkerbetrieb verläßt und zu fabrikmäßiger Production übergeht, so dürfte das alles nur in jeder Hinsicht als gut und vorthellhaft anzuerkennen sein.

### Politische Rundschau.

Berlin, den 29. April.

Aus dem Reichstage. Heute begann unter mäßiger Theilnahme des Hauses und des Publikums die zweite Berathung des Botsengesetzes. Die Verhandlungen zogen sich zunächst sehr ruhig hin. § 1 wurde nach einigem Geplänkel zwischen den Agrariern und den Vertretern des mobilen Capitals, wobei unsere Fraction Gewehr bei Fuß hielt, in der Commissionsfassung angenommen. Zu § 2 ergriß Senoffe der Singer das Wort. Er sprach für die Einsetzung eines Staatscommissars an der Börse, bekämpfte aber den Antrag Rantig zu § 2, der dem Staatscommissar das Recht giebt, allen Berathungen der Botsenorgane beizuwohnen, was bei der Arbeitslast der Börse und ihren in den Folgen oft unübersehbaren Unternehmungen nur zu Mißthelligkeiten führen kann. § 2 wurde mit dem wichtigsten Theil des Zusatzantrags Rantig angenommen. Bei § 3 wurde es dramatisch. Die Agrarier spielten sich als Katane auf und schalteten die Unfalschheit einiger Berliner Bankiers. Darauf führte ihnen Senoffe Singer treffend zu Gemüthe, daß ja auch ihr Campan, Herr von Pils, habe an der Börse speculiren wollen und nur bei dem Bankier, an dem er sich wandte, sich einen Korb geholt hätte. „Unverschämte“, riefte er kurz und — beweiskräftig der Ehre von Pils. Da der Präsident schweigend somit geneigt schien, das Wortlein „unverschämte“ in das Verbot der parlamentarischen Ausbrüche aufzunehmen, so griff Sen. Singer zur Selbsthilfe, indem er dem Abg. Pils bat, ihn sachlich im Einzelnen zu widerlegen, da sonst die Unverschämtheit auf seiner Seite wäre. Dann vertagte sich das Haus bis morgen, wo in der Berathung des § 3 fortgefahren werden soll.

— Es „frisiert“ weiter! Englische Blätter veröffentlichen folgende Depesche der „Central News“ aus Berlin: „Die „National-Zeitung“ glaubt, daß der Kaiser jetzt die Genehmigung der Reform der Militärgerichtsbarkeit verweigert und daß der

## Arbeiter und Arbeiterinnen! Rüstet Euch zum Weltfeiertag der Arbeit!

### Berliner Märzlage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Und dieses erhebende Bewußtsein, dieses befreiende Gefühl giebt ihnen Miesenträfte und feurigen Wagemuth, und wenn die doppelte, die furchtsame Feindesmacht gegen sie künde — sie würden nicht einen Moment zaudern, sondern mit verdoppelter, verführerischer Wucht sich in's Kampfgemüthe stürzen, um die ersehnte Erlösung zu erkämpfen — oder zu sterben.

In fliegender Hast werden die Vorbereitungen zum Entscheidungskampfe getroffen. Nach kurzen Minuten nur zählt die Frist, die dem Volke gegeben: im nächsten Moment schon hören die Rufern der Gegner durch die Straßen pfeifen und das Plaster mit schuldlosem Blute färben. Aus den Armen der Gattin reißt sich gewaltsam der Sattel, der Jüngling von der Seite der Eltern, der Geschwister, der Braut, — Tausende und Abertausende herzerregender Dramen spielen sich ab in einer einzigen Stunde.

Aus den Oberhöfen der Vorderhäuser und den hinteren Hintergebäuden, aus kalten Dachstuben und dumpfen Kellern, aus laubigen Werkstätten und ruffigen Fabriken strömen sie herbei, so wie sie stehen und gehen, um sich einzureihen in die preitbaren Bataillone des Berliner Volkes. Wer Offizier, wer Soldat sein soll — niemand weiß es, doch der nächste Augenblick schon hat es im raiterlichen Wettstreit der Wärfel entschieden und kein Ehrgeiziger murret gegen diese Aufschreibung. Obercommandirender aber ist der große, gemeinsame, jede Brust beherrschende Gebanke: daß es gilt, die Sache urewrig vertriebenen Menschenrechtes gegen Bergewaltigung und Unbill zu schützen.

Aufgedrungen ist dieser Kampf dem Volke — ein Kampf der Vertheidigung, der Defensiv. O, sie wissen nur zu gut,

diese Hunderttausende, daß der Gegner nicht zögern wird, anzugreifen: sie kennen gleichsam instinctiv diese „traditionelle“ Neigung zur Offensive. Und darum gilt es nicht nur, die Brust des einzelnen mit Wehr und Waffen zu schützen, sondern Dedurg zu schaffen für das große Ganze, das friebliche Berlin in eine widerstandsfähige Festung zu verwandeln.

Im Handumdrehen ist diese Aufgabe vom strategischen Geiste der Massen gelöst: wie aus dem Erdboden hervor wachsen die Bollwerke des Straßenkampfes, die Barricaden. Die Thore der Stadtmauer werden verschlossen und verkrampft, die Häuser in Vertheidigungswerke verwandelt, die Straßen von Erde zu Erde mit rasch entzündenden Schutzwerken versperrt. Nichts ist zu gut und nichts zu schlecht, um zur Herstellung dieser Schutzwerke zu dienen. Omnibusse und Lastwagen, Equipagen und Droschken werden mitten in der Fahrt angehalten und umgekehrt, Schilderhäuser und Brunnen-Verkleidungen herbeigeschleppt, Balken, Drähte, Risen, Fässer übereinander geschichtet, die Zwischenräume mit Erde und Steinen, mit Schutt und Asche ausgefüllt. Und alles das geht mit einer Schnelligkeit, einer Sicherheit und einem Sachverständnis vor sich, als ob das Volk von Berlin in Straßenkämpfen alt geworden oder doch seit Jahren auf sie vorbereitet worden wäre.

Es waren Männer der Arbeit, die Männer mit tau rauchen, schaffensgewohnten Händen, die diese Schutzwerke errichteten — es war die Arbeit selbst, die sich plötzlich, aus ihrer stillen Ermüde aufgeschreckt, von den gütterzeugenden Werken des Friedens zu dem harten Geschäft des Krieges gewandt hatte.

Und als sie, in kaum zwei Stunden, ihre Aufgabe gelöst und das Terrain des Kampfes bis weit über die Stadtmauer hinaus mit tausend Barricaden besetzt hatten, als die Gewehrjäger im Vordertreffen an den Schießscharten und in den Fenstern der Nachbarhäuser, die Reulen und

Stangenträger, die Stein- und Ziegelwenderer auf den Dächern ihre Aufstellung beendet hatten, da stiegen die Fahnen des Volkes, roth oder schwarz-roth-gelb, empor auf den Barricaden und verkündeten den Gegnern, daß das Volk von Berlin bereit sei, sie zu empfangen.

Marktschütternd gellte von den Kirchtürmen der Stadt das Sturmgeläut der metallenen Jungen, die sonst das Volk zur Preidigt in die Gotteshäuser gerufen hatten. Wie die heu'ende Stimme des Todengerichts schallte der Glockenklang wider in den Ohren der Männer, die durch ihr gewaltthätiges Eingreifen die jähe Spaltung herbeigeführt hatten. Starr vor Schreck und Entsetzen, sahen sie das Unerwartete geschehen: sahen sie ein Volk, das in ihren Augen bisher nur verächtliches Gefindel und ehrloses Pack gewesen war, lähn und mutig für seine Rannesehre eintreten. Nicht ihre Lanzen und Säbel, nicht Bajonnete noch Kolben, nicht Granaten und nicht Kartätschen konnten es abhalten von diesem Eintreten, gerüstet und gewappnet stand es da, bereit, für die edelsten Güter der Menschheit sein Herzblut zu opfern.

Und gebannt von diesem gewaltigen Schauspiel, liehen sie den Arm mit der tobbringenden Waffe einem Augenblick fällen, und heftiger pochte das Herz ihnen im Busen, als ob es sich aufbäumte gegen die blutige Logik der Gewaltthat. Mit bleichen Gesichtern steckten die Zeitbedenker die Köpfe zusammen und sprachen: „Es ist nicht der Feind, nein, es ist etwas anderes, etwas Troziges und Starkes, das uns da gegenübersteht.“

Noch hoffen sie gut zu machen, was sie gefehlt, und eilig schiden sie ihre Sendboten aus, die dem Volke verkünden sollen, daß „ein Mißverständnis“ vorliege und daß man „das Beste wolle“. Aber schon ist es zu spät zum Vergleich — das einmal getriebene Volk glaubt ihnen nicht und kehrt in eisigem Schweigen den Sendlingen den Rücken. Und es hatte sich nicht getäuscht, als es ihnen nicht glaubte: denn während die Sammetseelen mit ihm unter-



verabschiedet, ein Divisionscommandeur und ein Brigadecommandeur in Dresden, ein Brigadecommandeur in Leipzig, und der Director des topographischen Bureaus. — Der Herrsenschafts nächst. —

Frankreich.

Der Präsident von Frankreich findet keinen Menschen, der Ministerpräsident werden will. Die sonst unbegrenzte Scheitern findet darin ihre Erklärung, daß Herr Faure nicht den Wunsch der Kammer befolgen und ein stabiles Ministerium, ein Ministerium der Reaktion der Verfassung, berufen will, sondern sich mit der Schaffung eines „Verwaltungsministeriums“ abquäit. Das frühere diese Aufgabe dankend ab, nachdem ihm die Radikalen unabweislich erklärt hatten, von einem Compromißministerium nichts wissen zu wollen, obwohl man ihnen die Mehrheit im Ministerrat einräumen wollte. Den Ausschlag gab zu diesem Entschlusse der mächtige Eindruck des von den socialistischen Deputirten einberufenen Meetings vom Freitag, wo ganz Paris von den Rufen widerhallte: „Nieder mit dem Senat! Es lebe die Revolution!“ Nunmehr versucht der Präsident der Republik sein Glück mit der Berufung eines „geschäftlichen“ Ministeriums. Wenn es ihm gelingt, durch den Schuß, ökonomische Melioration eine Regierung zusammenzustellen zu lassen, ist es ein Glück, das das Ministerium keine vierzehn Tage alt wird. Die Zeit ist vorüber, wo die Opposition, durch den Peramascalandal im Innern getroffen, in Frankreich herrschen könnten, und die Kammer, die in ihrer letzten Erklärung die Souveränität des allgemeinen Wahlrechtes ausrief und demokratische Reformen verlangte, kein ein Ministerium, das ihr gegenüber dem Senat mit milden Redensarten käme, nicht bilden, und wenn es in ihr Leute gäbe, die „Kuhle“ haben wollten, würde die socialistische Fraktion dafür sorgen, daß der Wille der Bevölkerung zum Ausdruck komme. Wenn der Präsident nicht zur rechten Zeit einsteht, daß er den schlechten Weg eingeschlagen hat, wenn er anstatt ein Ministerium für die Kammer ein Ministerium für den Senat schaffen will, verwickelt er sich selbst in den Kampf zwischen Kammer und Senat, und er kann die Wahlen zählen, die er noch auf dem Präsidentenstuhle bleibt. Für die französischen Sozialisten ist der Ausgang der Krise auf jeden Fall ein günstiger. Ein Ministerium der Reaktion erfüllt ihren Wunsch, und ein gemäßigtes Ministerium führt auf dem nächsten Wege nach Versailles, zur Einberufung des Congresses, der über das Schicksal des Senats zu entscheiden hat.

England.

Es ist wohl kein kloher Zufall, daß die Weigerung des Präsidenten Krüger, nach London zu kommen, gleichzeitig mit dem vollständigen Zusammenbruch der Verteidigung der Verjand von Johannesburg bekannt wird. Die Beweise für die Mitschuld der Britisch-Südafrikanischen Gesellschaft an dem Zickensbruch Jamesons sind so erdrückend, daß die Angeklagten einfach ihre Schuld eingestanden haben. Das erste natürlich Herr Chamberlain te entend jede weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Transvaal. Der englische Colonialminister hat sich außerdem durch verschiedene unbedachte Äußerungen einer sehr aktivistischen Kritik seiner eigenen Politik ausgesetzt. So sagte er in einer seiner letzten Reden wörtlich: „Die Südafrikanische Republik ist eigentlich das einzige Land unter den civilisirten Nationen, das der Mehrheit seiner Bevölkerung — welcher Mehrheit es eine ganze Proprietät verdankt — die gewöhnlichsten Bürgerrechte verweigert und wegen der Verweigerung dieser Rechte ist die Mehrheit Urgericht geblieben und Mißbräucher unterworfen. Die Verwaltung ist mangelhaft und corrupt.“ (Witzell.) Es gehört ein gut Theil Hochmuth oder — Unfähigkeit dazu, von einer so beschimpften Regierung Zugeständnisse für den Urheber der Beschimpfung zu erwarten. Herr Chamberlain hat außer dem vergessen, daß es ein unter englischer Herrschaft stehendes Kaiserreich Indien giebt, das doch gewiß als ein civilisirtes Land bezeichnet werden muß, dessen Einwohner aber noch heute die „gewöhnlichen Bürgerrechte“ seitens der Engländer verweigert werden, obgleich das Land seine Proprietärität jener enormen, von allen politischen Rechten ausgeschlossenen Mehrheit verdankt. Auf-land rechnen Herr Chamberlain jedenfalls nicht unter die civilisirten Staaten, sonst würde er Transvaal nicht als das einzige Land haben bezeichnen können, welches der Mehrheit seiner Einwohner die „gewöhnlichen Bürgerrechte“ verweigert. Das Bedenkliche aber ist, daß die Engländer den Anspruch erheben, diese Bürgerrechte in Transvaal zu erhalten, ohne gleichzeitig das englische Bürgerrecht aufgeben zu müssen. So wird noch mancher Schläge und Niederlagen bedürfen, ehe dieser Lockung verriethet werden kann.

Parteiangelegenheiten.

Zur Mailfeier. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Vertrauenspersonen der Partei und unsere Freunde im Auslande bitten wir, uns über den Ausfall der Feier in den einzelnen Orten sofort mittels Postkarte zu unterrichten. Meldungen über besonders wichtige Vorgänge, die uns bis Sonnabend Abend auf dem Postwege nicht mehr erreichen würden, bitten wir uns auf unsere Kosten zu telegraphiren. Die christlichen Mittheilungen sind zu adressiren an die Redaction des „Vorwärts“, Berlin NW 19, Reuthstraße 2. Bei telegraphischen Mittheilungen ist die Adresse „Socialdemokrat Berlin“ zu benutzen. Den Redactoren zur Mailfeier möchten wir empfehlen, in ihren Ansprüchen des bezeichnenden Kampfes zu gedenken, den die Partei unter Unterstützung eines hohen Reichstages gegen die Schutzbestimmungen führen, die der Bundesrath für die Arbeiterarbeiten erlassen hat. Dieser als durch diesen Hinweis ist die Notwendigkeit, durch kräftige Organisation und durch Stärkung der Partei die Befreiung der Lage der Arbeiter zu erzwingen, nicht zu erlösen. Aus dem Reich schreibt dem „Vorwärts“ ein Parteigenosse, daß seiner Ansicht nach eine große Anzahl von Genossen in der Reichsversammlung dem national-liberalen Kandidaten Wamboldt

ihre Stimme gegeben und dadurch ihm zum Siege über seinen welfischen Gegner verholfen hätten. „Sowohl in der Stadt Döbnabrück“, sagt er, „wie in Braunschweig und Dissen sind mit geringer Ausnahme die Stimmen der Genossen dem Kandidaten der Partei geworden, die die Ausnahme-Gesetze gemacht und, wenn es wiederum geschehen könnte, gleiche Gesetze schaffen würde.“ Auch von anderer Seite wird bestätigt, daß auf Wamboldt zahlreiche Arbeiterstimmen gefallen sind. Der Gewählte ist in seiner Heimath beliebt und angesehen, während der Welfe von Scheele, sein Gegenkandidat, ein Junker der gewöhnlichsten Sorte sein soll. Das dürfte den überraschenden Ausgang der Wahl begreiflich machen.

Arbeiterbewegung.

Achtung! Metallarbeiter! Mit gestrigem Tage traten die Metallarbeiter und Auslegerinnen von Dresden und Umgebung und Großschönau in den Streik ein. Die Ausständigen wollen den ihnen im Jahre 1891 wegen schlechtem Geschäftsgang entzogenen Tarif wieder eingeführt wissen, was einer Lohnerhöhung von 14 bis 15 Prozent gleichkommt. Ferner verlangen die Streikenden die strenge Durchführung der theilweise schon bestehenden Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden im Sommer und 10 Stunden im Winter. Die Situation ist äußerst günstig! In den auswärtigen Collegien wird es nun liegen, uns durch ihr Verhalten zu baldigem Siege zu verhelfen. Briefe sind zu richten an Bruno Pfäzner, Dresden, Selts Gasse, Kl. Brüdergasse 17, 1. Die Dava better Pi jous in Böhmen haben in Zahl von mehr als 1000 Mann die Arbeit eingestellt. Den Anstoß zum Streik gab der Bezirkshauptmann Ritter v. Hansgirt, der den Bauarbeitern, ohne das Bewachen der Schiffenversammlung einzuholen, eine nachtheilige Arbeitsordnung aufzulegen wollte. Im vorigen Jahre hatten die Bauarbeiter die Forderung gestellt, es möge die Arbeit um 7 Uhr früh beginnen. Die Bauunternehmer lehnten die Forderung ab, mit der Aussicht, es wären die Verträge bereits abgeschlossen, sie würden große Verluste erleiden. Sie versprochen, in der neuen Saison die Forderung zu berücksichtigen, verweigern jedoch dieses Versprechen. Der Bezirkshauptmann erließ eine Arbeitsordnung, welche die Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends festsetzt, und als sich die Arbeiter dieser Willkür widersetzen, wurde ihnen überhört, sie würden nach Hause gehen. Das war die Veranlassung zum Bauarbeiter-Ausstand auf der ganzen Linie. Die Böhmer Wrags stehen in einer Bewegung um Einführung des Neunhundertgesetzes, 10 pCt. Lohnerhöhung und Abschaffung der Accordarbeit. Die Meister haben bis zum 2. Mai Fröh, sich darüber zu äußern; lehnen sie die Forderung ab, so soll die Arbeit niedergelegt werden. Ursache des Schuhmachersstreiks in Prag ist übermenschliche Arbeitszeit und ungenügende Entlohnung. Der Bildhauer Streik in Pabel hat wegen Uneinigkeit der Arbeiter mit einer Niederlage geendet. Ein vom Regierungsrath Kneise unternommener Vermittelungsversuch ist gänzlich erfolglos geblieben.

Soziale Übersicht.

Risiko der Arbeit. Wie viel Opfer an Leben und Gesundheit der Arbeiter hat die Gewerbe-Ausstellung in Berlin bis jetzt gefordert? Auf der Sanitätswache im Treptower Park sind vom 1. Mai 1895 bis zum 1. April 1896 im Ganzen fünf hundert dreihundertzweiundzwanzig Fälle behandelt worden. Von den dort verhandelten waren circa fünf hundertzwanzig schwer verletzt; von den Verletzten sind im Ganzen sechs verstorben. Und bei einer derartigen Gefährlichkeit der Arbeit machen bürgerliche Blätter noch Lärm, wenn die Bauarbeiter in Anbetracht der kurzen günstigen Conjunction eine Erhöhung der Löhne fordern. Wichtige Fabrikinspektionen in Frankreich. In dem zuletzt erschienenen Jahresbericht der französischen Fabrikinspektion über das Jahr 1894 spricht sich Inspector Blaise, der in der Hauptstadt die Departements der alten Normandie beaufsichtigt, auch über den weiblichen Beamten ferner Regiments aus. Der 6. Aufschichtsbezirk, der 7 Departements umfaßt, hat 6 Departements-Inspektoren, deren Eifer und Hingebung ich gern anerkenne, sowie eine Inspektorin mit dem Sitz in Rouen, die lediglich die weiblichen Arbeiterinnen in den Städten Rouen, le Havre, Dieppe, Elbeuf etc. zu überwachen hat. Die Inspektorin hat ihr Amt mit größter Conscientia (avec la correction a plus grande) und mit benevolentem Eifer versehen. Sie hat der Gesundheitspflege in den kleinen Werkstätten, die bis dahin noch niemals besucht worden waren, Eingang verschafft und hat ebenso die gesetzlichen Vorschriften für die Fabrikarbeit zur Kenntniss und Geltung gebracht. Kann wird rühmend erwähnt, wie die Beamten einen Hilfsverein für die bis dahin ganz hilflosen Arbeiter:innen der Kleinindustrie und des Handwerks mit Hilfe bürgerlicher Notabilitäten organisiert habe, und mit folgenden Worten geschlossen: „Es wäre zu wünschen, daß alle nachfolgenden Inspektoren weibliche Inspektoren bekämen, die je nach Bedürfnis ein oder mehrere Departements beaufsichtigen und die Landbevölkerung einweisen bei Seite liegen. Der Grund, warum in der Reichstagsverhandlung vom 12. Februar über weibliche Fabrikarbeiterinnen im Ausland Frankreich mit Entschiedenheit übergegangen werden konnte, ist, so schreibt die „Soziale Praxis“, für den Grad der Gründlichkeit mit der bei uns Informationen über das Ausland zusammengefloßt werden, sehr bezeichnend. Die französischen Berichte machen in der Regel kein Rühmens von der Verwahrung der weiblichen Beamten, weil die Inspektion dort bereits seit den vier Jahren besteht und fest eingewurzelt ist. Daß der oben citirte Bericht auf sie besonders einget, ist bloßer Zufall, weil ihm diesmal daran lag, für eine principielle Durchführung des Instituts an allen Industriecentren zu plaidieren. Meist wird in den Berichten unterschiedlos über die von männlichen und weiblichen Inspektoren besorgten Inspektionen geredet. Da kein Namensverzeichnis der männlichen und weiblichen Beamten beigegeben ist, läßt sich auch nicht einmal die Zahl aus dem Berichte entnehmen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.) 75. Plenar-Sitzung vom 28. April 1896. — 1 Uhr. Abg. Koehler (Reformp.) trägt in einem Schreiben an, ob sein Mandat durch seine Ernennung zum Postagenten erlöschen sei. Das Schreiben wird der Geschäftscommission überwiesen. Das Haus tritt in die zweite Beratung des Börsengesetzes ein. § 1 bestimmt: „Die Errichtung einer Börse bedarf der Genehmigung der Landesregierung. Diese ist befugt, die Aufhebung bestehender Börsen anzuordnen.“ Die Landesregierungen üben die Aufsicht über die Börsen aus. Sie können die unmittelbare Aufsicht den Handelsorganen (Handelskammern, kaufmännischen Corporationen) übertragen. Der Aufsicht der Landesregierungen und der mit der unmittelbaren Aufsicht bekannten Handelsorgane unterliegen auch die auf den Börsenverkehr bezüglichen Einrichtungen des Rundgungsbüros, Liquidationsklassen, Liquidationsvereine und ähnliche Anstalten.“ Abg. Graf Kanitz (cons.) beantragt zum zweiten Abg. folgenden Zusatz: „und anordnen, daß in den Verordnungen der Landesregierungen die Landwirtschaftlichen Bedingungsarbeiten und die Mäherarbeiten entsprechende Bestimmungen“ Referent Abg. Gump (Reichsp.) berichtet über die Verhand-

lungen der Commission und empfiehlt deren Beschlässe zur Annahme. Die Angriffe eines Theils der Presse gegen die Mitglieder der Commission glaube er Namens derselben mit aller Entschiedenheit zurückweisen zu müssen.

Abg. Graf Kanitz begründet seinen Antrag, der allerdings seine Bedeutung verlieren würde, wenn der Antrag auf Verbot des Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten angenommen werden sollte. Einstweilen empfehle ich jedoch die Annahme dieses Antrages.

Staatssecretair Dr. v. Bötticher betrachtet es als ein günstiges Omen für den Ausgang der Verhandlungen, daß er diesem Antrag nicht zu widersprechen habe. Zwar könne er nicht ausdrücklich erklären, daß die verbündeten Regierungen ihn acceptirten, er glaube aber dies zuzugagen zu können. Jedenfalls widerstrebe der Antrag den Prinzipien des Gesetzes nicht.

Abg. Graf Oriola (nall.): Der Entwurf eines Börsengesetzes hat viel mehr Erregung in Interessentenzirkeln hervorgerufen, als nöthig war. Die Angriffe, die gegen die Commission wegen ihrer Stellungnahme zu demselben gerichtet worden sind, sind durchaus unbedeutend und ich weise sie auch meinerseits mit aller Entschiedenheit zurück. Specieell die Handelskammern haben es für berechtigt erklärt, daß die Aufsicht dem Staat und erst inbetr. den Handelsorganen übertragen werden soll. Sie hätten es lieber gesehen, wenn ihnen direct geschlech die Aufsicht übertragen worden wäre. Die Commission stellte sich aber ganz auf den Boden der Börse und hielt das Princip der directen Staatsaufsicht aufrecht. Nur so wird es möglich sein, den Interessen aller Berufsgruppen gerecht zu werden. Die Commission ist damit auch mit den Beschlässen der Börsenregulirungscommission einverstanden. Dem Princip des Antrags Kanitz zu § 1 stimme ich bei, derselbe hätte aber nicht hier, sondern zu § 4 des Entwurfs gestellt werden sollen, der von der Börsenordnung handelt. Ein Theil meiner Freunde ist übereinstimmend der Ansicht, daß der Antrag Kanitz nicht durchaus nöthig sei.

Abg. Dr. Barth (Reichsp. Vereinig.): Wenn einzelne Handelscorporationen und ein Theil der Presse in scharfer Weise gegen die Beschlässe der Commission Stellung genommen haben, so finde ich das durchaus erklärlich. Sie fühlen sich durch dieselben geradezu beleidigt, und das spricht doch für das Vorhandensein eines sehr feinen entwickelten Ehrgefühls in unserem Kaufmannstande. Was den § 1 anbelangt, so hat er wenig Bedenkliches. Auch der Antrag Kanitz ist von geringer factischer Bedeutung. Um so größer aber scheint mir seine symptomatische Bedeutung. Er bringt ein gewisses Mißtrauen eines bestimmten Standes gegen die Börse zum Ausdruck. Die Landwirthschaft will an der Aufsicht über die Börse theilhaftig sein, weil sie Mißtrauen gegen die Börse hat. Dieses Mißtrauen ist aber in den Verhältnissen durchaus nicht begründet. Wir halten daher diesen Antrag nicht für angebracht.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Reformp.): Meine Freunde halten an dem früheren Standpunkt in der Frage der Börsenreform fest und werden allen Verschärfungsanträgen zustimmen, unbestimmt um die Angriffe, die von außen her gegen die Beschlässe der Commission gerichtet worden sind. So werden wir auch dem Antrag Kanitz zustimmen.

Abg. Frick (Centr.): Ich habe gegen das Princip des Antrags Kanitz nichts Wesentliches einzuwenden, halte denselben aber nicht für notwendig, denn nach § 4 kann der Bundesrath die Aufnahme bestimmter Vorschriften in die Börsenordnung anordnen, also specieell auch diese. Im übrigen habe ich zu erklären, daß meine Freunde im weitestlichen auf dem Boden der Commission-Beschlässe stehen und nur bezüglich des Getreideterminhandels eine Aenderung vorgeschlagen haben.

Abg. Graf Arnim-Muskau (Reichsp.) Ich bitte Sie, den Antrag Kanitz anzunehmen. Das Mißtrauen, das in demselben zum Ausdruck kommt, scheint mir durchaus gerechtfertigt, denn die Landwirthschaft ist gar zu oft von der Börse über Ohr gehauen worden. Ich werde das bei der Debatte über den Terminhandel noch näher begründen.

Abg. Dr. Gahn (Witkconf.): Auch ich bitte Sie dringend um Annahme des Antrags Kanitz. Er geht zum § 1 und könnte nirgends sonst einen Platz finden, denn § 1 handelt von der Staatsaufsicht. § 1 stellt zwar fest, daß der Staat die Aufnahme von Bestimmungen in die Börsenordnung verlangen kann, damit ist aber keine Sicherheit dafür gegeben, daß die Interessen der Landwirthschaft genügend gewahrt werden. Das ist nur möglich durch Hinzuziehung von landwirthschaftlichen Interessenten. Die Börse hat sich zu sehr gewährt, sich als Selbstzweck zu betrachten, sie ist oft gar nicht in der Lage, die Interessen der Landwirthschaft zu berücksichtigen. Das hat sich erst kürzlich in den Angriffen der Börseninteressenten auf die Commission gezeigt. Ich will auf dieselben nicht näher eingehen, denn ich möchte sonst auf dasselbe Niveau hinabsteigen, auf dem sie gehalten sind, auf das Niveau gemeiner Schwimmpunkte. (Beifall rechts). Die gesamte deutsche Kaufmannschaft steht auch keineswegs hinter diesen Angriffen. (Beif. Frick v. Busl) Ich ersucht den Redner, sich an den § 1 zu halten. Ich komme auf den § 1 zurück (Heiterkeit), und bitte Sie nochmals der Antrag Kanitz anzunehmen. Die Börsen werden seine Annahme nicht gern sehen, aber im Lande wird man erfreut darüber sein, denn er wird Schutz bieten gegen Lieberbortheilungen, welche sie oft haben beklagen müssen. (Beifall rechts).

Staatssecretair Dr. v. Bötticher: Der Vorredner hat dem Antrag eine Bedeutung gegeben, die er seinem Wortlaute nach nicht hat, und die zu begründeten Bedenken Anlass geben würden. Der Antrag will nicht generell die Zugehörigkeit von landwirthschaftlichen Vertretern feststellen sondern der Regierungen nur die Anordnung der Zugehörigkeit zusprechen. Daß der Antrag nicht notwendig ist, gebe ich zu, denn nach § 4 könnte dieselbe Anordnung in die Börsenordnung eingefügt werden. Will man ganz correct verfahren, so müßte der Antrag Kanitz zu § 4 angenommen werden. Sichert der Reichstag indeß von diesem Schandheitsfehler ab, so werden die verbündeten Regierungen auf ihn auch kein entscheidendes Gewicht legen.

Abg. Graf Kanitz: Die Tendenz meines Antrages deckt sich durchaus mit der des preussischen Landwirtschaftskammengesetzes, das der Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen eine Einwirkung auf die Märkte und Börsen zugesprochen hat. Ich halte es auch für richtig, daß der Antrag hier zur Annahme gelange. Würde er indeß hier abgelehnt, so würde ich ihn zu § 4 wieder einbringen müssen.

Abg. Dr. Gammeter (nall.): Auch wir wünschen, daß die Interessen der Landwirthschaft im Börsenverband Vertretung finden. Die Möglichkeit dazu besteht indeß bereits, und nach § 4 bleibt jeder Landesregierung das Recht gelassen, auf die Zusammenfassung des Börsenverbandes und die Befestigung der Börsenordnung Einfluß zu nehmen. Ich bitte daher, den Antrag Kanitz hier abzulehnen.

Abg. Graf Kanitz zieht darauf seinen Antrag zu § 1 zurück und behält sich vor, denselben zu § 4 wieder einzubringen.

Abg. Dr. Barth: Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Auswahl der Persönlichkeiten großen Schwierigkeiten begegnen wird. Die Börsen liegen ausnahmslos in großen Städten, und dort wird es schwer sein, Personen zu ermitteln, die gleichzeitig die Interessen der Landwirthschaft und diejenigen der Börse wahrzunehmen in der Lage sind.

§ 1 wird darauf unverändert angenommen.

§ 2 bestimmt: Bei den Börsen sind als Organe der Landesregierung Staatscommissare zu bestellen. Ihnen liegt es ob, den Geschäftsverkehr an der Börse sowie die Befestigung der in Bezug auf die Börse erlassenen Gesetze und Verwaltungsvorschriften nach näherer Anweisung der Landesregierung zu überwachen. Sie sind berechtigt, die Börsenorgane auf hervorgetretene Mißbräuche aufmerksam zu machen. Sie haben über Mängel und über die Mittel zu ihrer Abstellung Bericht zu erstatten.

Der Zustimmung des Bundesraths kann für einzelne Börsen die Thätigkeit des Staatscommissars auf die Mitwirkung eines



(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Abbedischer Senator Dr. Klugmann: Es ist keine Frage, daß als Börsenorgane im Sinne des § 2 in erster Linie der Börsenvorstand anzusehen ist. Räumt man nun dem Börsen-

Abg. Dr. Hamacher (natl.): Ich halte es im höchsten Grade für bedenklich, dem Staatskommissar zu weitgehende Befugnisse einzuräumen. Nach dem Antrage Kanitz würde der Börsenvorstand zweifellos unter dem Kommissar gestellt werden und seinen Anordnungen Folge geben müssen.

Staatssekretär Dr. von Bötticher: Ich kann die Bedenken des Vorredners nicht theilen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß als Börsenorgane nicht nur der Börsenvorstand anzusehen ist, sondern alle diejenigen Functionäre, welche zur Beaufsichtigung und Leitung des Börsengeschäfts bestellt sind.

Abg. Frese (Freis. Ver.): bemerkt, daß es für die angelegenen Kaufleute, die dem Börsenvorstande angehören, außerordentlich verlegend sein würde, unter die Botmäßigkeit eines Staatskommissars gestellt zu werden. Die Erregung der Kaufleute über dies Gesetz ist erklärlich, überhaupt habe kein Kaufmann je so scharf die Regierung angegriffen, wie es der Bund der Landwirthe im Circus-Buch gehalten habe.

Abg. Graf Arnim (Npt.): führt aus, daß Mitglieder an der Börse behänden, deren Ueberwachung ein staatliches Eingreifen nöthig mache. Selbst Richter und Staatsanwälte seien heute, wie zahlreiche Gerichtsentscheidungen beweisen, über die Verhältnisse an der Börse nicht genügend orientirt.

Abg. Dr. Sahn (b. l. F.): polemisiert gegen den Abgeordneten Frese und bemerkt, daß die Ueberlegungen, die im Circus-Buch gefallen, keineswegs vom Bund der Landwirthe gebilligt werden. Redner will des Räuber auf diese Ueberlegungen eingehen, wird aber vom Präsidenten wiederholt zur Sache gerufen.

Abg. Graf Kanitz ändert seinen Antrag dahin, daß statt zur Befreiung von Mißbräuchen aufzufordern gelangt wird. Die Börsenorgane auf hervorgetretene Mißbräuche aufmerksam zu machen. Es bleibt vom Antrag Kanitz sonach nur als abweichend von den Commissionsvorschlügen bestehen: den Verordnungen der Börsenorgane beizumehren.

Der Antrag Oriola wird angenommen, ebenso der dadurch abgeänderte Commissionsantrag. Der Antrag Kanitz ist durch Annahme des Antrags Oriola erledigt. § 3 sieht die Uebernahme von Börsenausschüssen vor, die befugt sein sollen, Anträge an den Reichsanwalt zu stellen und Sachverhandlungen zu durchführen.

Abg. Graf Kanitz beantragt, diese Bestimmungen dahin abzuändern, daß die Wahl nur eines Drittels auf Vorschlag der Börsenorgane zu erfolgen habe, die anderen zwei Drittel aber unter angemessener Berücksichtigung von Landwirthschaft, Industrie und Handel gewählt, mit der Maßgabe, daß die Gesamtzahl der Vertreter des Handels und der Börsenorgane die Gesamtzahl der Vertreter der Landwirthschaft und Industrie nicht übersteigt.

Abg. Fischbeil (Freis. Volksp.) beantragt die Regierungsvorlage wieder herzustellen, welche bestimmte, daß ein Ausschuss zu bilden ist, der aus 30, dem Bundesrath in der Regel auf je 3 Jahre zu wählenden Mitgliedern bestehen soll. Zwei Drittel der Mitglieder sollen auf Vorschlag der Organe der deutschen Börsen gewählt werden. Ueber die Vertheilung der vorzuschlagenden Mitglieder auf die einzelnen Börsen soll der Bundesrath bestimmen.

Elemente für den Ausschuss seien, müsse er entschieden bezweifeln. Ihm sei jedenfalls ein ehrenwerther Börsenmann lieber.

Abg. Frese: Ich kann mich aber für den Vorschlag, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, nicht erwärmen. Ich bitte Sie vielmehr, die Commissionsbeschlüsse, die ein Compromiß darstellen, aufrecht zu erhalten.

Reichsbankpräsident Dr. Koch: Die verbündeten Regierungen halten noch immer ihren ursprünglichen Vorschlag für die zweckmäßigste Lösung, bitten Sie aber jedenfalls, über das, was die Commission vorschlägt, nicht hinauszugehen. Der Bundesrath muß großen Werth darauf legen, daß der Börsenausschuss ihr als ein sachverständiger Beirath zur Seite stehe.

Preussischer Handelsminister Freiherr von Berlepsch: Graf Kanitz hat es so dargestellt, als würden die Börsenorgane ihr Vorschlagsrecht in einseitiger Weise ausüben, und er hat sich dafür auf einige bekannte Vorgänge, die er mit dem Collegium der Reichsbank in Berlin Kaufmannschaft gehabt berufen. Dagegen muß ich die Aeltesten in Schutz nehmen.

Abg. Singer (Soch.): Es handelt sich bei dem Börsenausschuss durchaus nicht um ein Börsenorgan, sondern es handelt sich um einen Beirath des Bundesraths, zu dem sich der Bundesrath aus allen Kreisen die Leute auszusuchen kann, die er für sachverständig hält. Redner ist wegen der nachstehenden Unruhe des Hauses schwer verständlich, tritt für einen kürzeren Turnus in der Wahl des Börsenausschusses ein, weil sonst eine gewisse Erstarrung eintreten könne.

Abg. Stache (natl.): Meine Freunde würden es für bedenklich halten, die Zahl der von den Börsenorganen in Vorschlag zu bringenden Mitglieder des Ausschusses noch weiter zu beschränken, als es in der Commission bereits geschehen ist. Man darf auch zum Bundesrath das Vertrauen haben, daß er einerseits die Landwirthschaft im Ausschuss nicht unvertreten lassen wird.

Abg. Graf Kanitz, er habe sich zu seiner Aeußerung über das Aeltestencollegium für berechtigt gehalten, nachdem der Handelsminister neulich selbst gesagt, Leute, wie Herr Frenzel und Herr Wendelsjohn würden nicht gewählt werden. Solche Leute aber wolle er gerade haben.

Staatsminister Fehr. v. Berlepsch bezieht sich die Erwiderung bis morgen vor. Die durch diese Erklärung wieder eröffnete Debatte wird neuerdings geschlossen.

Abg. von Blöth (dronf.) daß die Berichte, auf die sich Abgeordneter Singer bei seiner gegen ihn gerichteten Behauptungen stützt, un wahr seien.

Abg. Singer (Soch.): Ich habe keinen Anlaß, an der Richtigkeit dessen, was mir meine Gewährsmänner zugetragen haben, zu zweifeln, um so weniger, als ich erwarte, daß Herr von Blöth meine Behauptungen einzeln als falsch nachweist. Ich kann wiederholen, daß meine Behauptungen so fest fundirt sind, daß sie durch ein gemeinsames Wort nicht erschüttert werden.

Abg. von Blöth (dronf.) bittet demgegenüber dabei, Singers Behauptungen stützen sich auf unwahre Berichte. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Berathung. Schluss 6 Uhr.

Locales.

Breslau, den 29. April 1896

Entscheidung des Oberlandesgerichtes. Eine sogenannte Verurtheilung beschäftigte gestern den Straßenausschuss des Oberlandesgerichtes. Die „Breslauer Zeitung“ berichtet Folgendes darüber:

Im December vor. J. brachte die „Volkswacht“ einen Hinweis darauf, daß über ein näher bezeichnetes Restaurationslocal der Besatz verhängt sei. Das Schöffengericht sah darin gar keinen Unfug und verurtheilte den Angeklagten, Redacteur Emil Reutrich, zu 20 Mark Geldstrafe. Dieses Urtheil, gegen das Berufung eingelegt worden war, bestätigte das Landgericht und gesehrt erwartet das Oberlandesgericht die wiederum gegen dieses Erkenntnis eingelegte Revision. Der Vorbericht des § 360. 11 d. St.-G.-B. sei in jenem Hinweis auf den über das fragliche Local verhängten Besatz vorhanden, wie denn der Besatz so lange als grober Unfug aus dem erwähnten Paragraphen zu bestrafen sei, so lange kein specieller Gesetz existire, das den Besatz unter Strafe stelle.

Mit dieser Begründung hat sich das Oberlandesgericht etwas geübt! In dem incriminirten Artikel war von einem Besatz überhaupt nicht die Rede gewesen, sondern die Genossen in Huns-lau wurden nur an einen noch nicht näher erklärten Besatz, welcher auf Grund des Verhaltens eines Wirthes gefast war, erinnert. Außerdem hatte der betreffende Wirth selbst die Veranlassung dazu gegeben, indem er erklärte, Socialdemokraten in seinem Local nicht dulden zu wollen. Um den Wirth vor den ihm unangenehmen Gästen zu schützen, beschloß die Huns-lauer Genossen, von einem Besuch des Locals Abstand zu nehmen. Und die Wiedergabe dieses Sachverhaltes soll im Sinne des Oberlandesgerichtes eine Besatzverurtheilung sein!!

a. Breslauer Musikerverband! Die Kranken- und Sterbekasse zahlte im abgelaufenen Jahresjahr an 72 Mit-

glieder für 443 Wochen Krankheit 2124 Mark Unterstufungen. An die Hinterbliebenen von 9 verstorbenen Mitgliedern wurden 1230 Mark Sterbegeld gezahlt. Das Vermögen beträgt 10,589 Mark 30 Pf., der Reservefonds 9528 Mark 90 Pf.

Die Badeanstalt auf der Ober in der Nähe der Sandbrücke ist nun wieder aufgestellt.

Für das Publikum hat während der Anwesenheit des Circus Reng hier selbst sowohl die Direction der Straßen- wie auch der Elektrischen Bahn genügend Beförderungsmittel geschaffen. Von Abends 10 Uhr ab stehen zur Benutzung für die aus der Vorstellung kommenden Besucher 4-5 Wagen der Gürtelbahn an der Himmelfahrtstraße bereit, die Wagen der Elektrischen Bahn halten am Sonnenplatz.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 28. April. Die socialdemokratische Fraktion beabsichtigt im Reichstage eine Interpellation einzubringen wegen der Verhaftung des Abg. D. u. b. - Selbst in der officiellen Darstellung der Angelegenheit wird ersichtlich, daß es sich um eine offenbare Verletzung der Bestimmungen der Reichsverfassung handelt, gegen die allerdings nicht scharf genug Front gemacht werden kann.

Die Krisengerüchte finden durch das auffällige schweue Verhalten der officiellen Blätter, wie „Nordd. Allg. Btg.“, „Post“ u. s. w. eine charakteristische Bestätigung. Die „Freis. Btg.“ bemerkt zur gegenwärtigen Situation: „Die bevorstehende Rückkehr des Kaisers nach Berlin muß die Lösung nach der einen oder anderen Seite bringen. Daß auch der kluge Herr Miquel diesmal so entschieden auf der Seite des Fürsten Hohenlohe steht, läßt erkennen, daß die Position desselben für eine sehr starke gehalten werden muß.“ Na, na!

Der Proceß Hirze und Genossen, in den 56 Personen verwickelt sind, wurde gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Es handelte sich bekanntlich nur um eine am 10. Februar abgehaltene Versammlung, die als Geburtsstagsfeier des Genossen Rosenheimer angemeldet war, die aber nach Ansicht der Anklagebehörde als Fortsetzung des s. Z. von Herrn v. Köller vorläufig geschlossenen Wahlvereins des zweiten Reichstagswahlkreises anzusehen war. Der Staatsanwalt hielt es für zweifellos, daß sich bei der Geburtsstagsfeier die Elemente des zweiten Wahlkreises socialdemokratischer Färbung versammelt haben, um politische Dinge zu verhandeln und die Geschäfte des aufgelösten Wahlvereins weiter zu führen. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und verurtheilte Werner und Hirze zu je 80 Mk., Mähling zu 50 Mk., Gwald und diejenigen Angeklagten, welche als Redner aufgetreten waren, zu 15 Mk. und auch sämtliche andere Angeklagten wegen Theilnahme zu je 15 L. Geldstrafe.

Der Proceß Auer und Genossen wird am 15. Mai und folgende Tage vor dem Berliner Landgericht verhandelt werden. Es sind drei Tage für die Verhandlung in Aussicht genommen.

Mitten in einer Rede verhaftet erklärt wurde in der geistigen Versammlung der Schußbrüderverein, der Führer des Streiks, Schuhmacher König, als er zwischen dem Verwalter der Polizei bei Arbeiterausständen und Duellen Vergleiche zog. Die Anwesenden ergrißen für den Verhafteten, der übrigens nach Aufnahme seines National im Lokale belassen wurde, lebhaft Partei.

Die Commission für Arbeiterstatistik ist heute zusammengetreten zu einer mündlichen Bernehmung von Auskunftspersonen in der Wäschefabrikation (Herstellung von gekärter Wäsche) und in der Wäscheconfection (Herstellung von ungekärter Wäsche). Für die Wäscheconfection sind Auskunftspersonen u. A. auch aus Breslau geladen.

Niel, 28. April. In unrer Kriegsmarine sind Unglücksfälle wieder an der Tagesordnung. Zwei mit sechs Seefadetten besetzte Marineboote kenterten im Kriegshafen, ein Segelfutter versank, das zweite Fahrzeug wurde durch ein Torpedoboot geborgen, die Kadetten konnten sämmtlich gerettet werden.

Hamburg, 28. April. Die hiesige Innung beschloß, sämmtliche am 1. Mai feiernden Arbeiter als contractbrüchig sofort zu entlassen. - Stumm macht Schule auch in der Republik Hamburg.

Der Aufstand unter den Arbeitern in der Margarinenfabrik von Mohr in Orlsen dauert fort, weil sich Mohr geweigert hat, eine größere Anzahl von älteren Arbeitern und Arbeiterinnen wieder einzustellen, was von vornherein abgemacht worden war.

Budapest, 28. April. Der ungarische Kriegsminister, Baron Fierovary, scheint seine Zeit angenehm damit zu verbringen, einen parlamentarischen und publicistischen Gegnern mit dem Säbel die Schwel einzuhauen. Heute fand ein Duell zwischen dem schreibenden Herrn und dem Redacteur Korbulich statt. Letzterer erhielt eine schwere Kopfwunde. - Das wäre doch wohl ein Kriegsmünze, nach dem Herzen unserer preussisch-deutschen Duellisten?

Frankfurt, 28. April. Die Regierung hob die Beschlüsse der socialistischen Gemeinderäthe, welche den 1. Mai als legalen Feiertag erklären und die Schließung der Gemeinderäthe und Schulen für diesen Tag sowie die Theilnahme der Lehrer an Reisezügen anordnen, auf. Da die socialistischen Gemeinderathverordnungen diesem Verbot Widerstand leisten werden, so sieht man dem Verlaufe des Volksfestes in Belgien mit einiger Besorgnis entgegen. - Das hätte man gewiß nicht nöthig, wenn man nicht in jeder unerhörten Weise den freien Willen der Socialisten brutalisiren wollte.

Paris, 28. April. Wie es heißt, ist es Meline gelungen, ein Cabinet zu bilden. Dasselbe soll ganz aus Gemäßigten bestehen. Sein Schicksal scheint damit schon heute besiegelt. Die Ernennungen der neuen Minister werden erst Donnerstag im „Journal officiel“ veröffentlicht. Denselben Tag stellt sich das Ministerium, welches die Verantwortlichkeit für den 1. Mai nicht ablehnen, daher an diesem Tage im Antze sein will, der Kammer vor.

Louis-le-Comte, 28. April. Ein 28 Jahre alter Anarchist Namens Colin ermorde in mitten eines Volksfestes ohne jegliche Veranlassung den Bürgermeister der Gemeinde Neuville durch Messerstiche. Man schreibt das Verbrechen lediglich dem politischen Hass zu. - Die Sache wird auf eine einfache Kauferei hinauslaufen, die nun politisch fructificirt werden soll.

London, 28. April. Im Unterhause erklärte Chamberlain, unabweisbare Privatdepeschen melden, die fünf Führer des Johannesburger Reform-Comitees sind zum Tode verurtheilt worden. Die Regierung beauftragte Robinson, an Krüger zu telegraphiren. Die britische Regierung meinte nicht daran, Krüger werde das Urtheil umändern. Sie habe im Parlamente die Versicherung dieser Ueberzeugung ausgedrückt. Chamberlain erklärte, die Verurtheilten sind Oberst Hippus, Phillips, Farrer, Hammond. Letzter ist amerikanischer Staatsbürger. Den Namen des Fünften habe er vergessen. Das Haus nahm die Mittheilung scheinbar an.

Briefkasten der Redaktion.

S. 100. Sie finden in der preussischen Vertheilung, auch in der Expedition unseres Blattes, alle Sie interessirenden Fragen.

